
S 19 AS 1009/16

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Hessen
Sozialgericht	Sozialgericht Darmstadt
Sachgebiet	Grundsicherung für Arbeitsuchende
Abteilung	19
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Antrag auf mündliche Verhandlung nach Gerichtsbescheid
Leitsätze	1. Über einen Antrag auf mündliche Verhandlung nach bereits erfolgter mündlicher Verhandlung entscheidet das Sozialgericht durch Beschluss.
Normenkette	SGG § 105 Abs. 1 SGG § 134 Abs. 3 SGG § 12 Abs. 1 S. 2 GG Art. 20 Abs. 3

1. Instanz

Aktenzeichen	S 19 AS 1009/16
Datum	29.01.2021

2. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	-

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Der Antrag auf mündliche Verhandlung wird abgelehnt.

Gründe:

I.

Die Kläger haben am 28.09.2016 Klage vor dem Sozialgericht erhoben.

Am 04.09.2019 hat das Sozialgericht Darmstadt durch Gerichtsbescheid die Klage abgewiesen. Der Gerichtsbescheid ist der Prozessbevollmächtigten der Kläger am 11.09.2019 zugegangen.

Am 30.09.2019 haben die anwaltlich vertretenen Kläger "Berufung eingelegt, hilfsweise mandliche Verhandlung beantragt".

Die Berufung wurde vom Landessozialgericht Hessen unter dem Aktenzeichen L 6 AS 470/19 gefährt. Am 15.07.2020 hat das Landessozialgericht Hessen in Anwesenheit der Prozessbevollmächtigten und der Vertreterin der Beklagten mandlich verhandelt und auf die mandliche Verhandlung hin entschieden: "Die Berufung der Kläger gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Darmstadt vom 04.09.2019 wird zurückgewiesen". In den Entscheidungsgründen ist ausgefahrt, dass die Berufung wegen Nichterreichens des Berufungsstreitwerts nicht statthaft sei, da dies aber weder von den Beteiligten noch vom Gericht während des Berufungsverfahrens thematisiert worden sei, habe das Gericht die "Berufung als unbegründet zurückgewiesen".

Am 21.08.2020 erinnert die Prozessbevollmtigte der Kläger an ihr Schreiben vom 30.09.2019 und beantragt wörtlich

"rein vorsorglich mandliche Verhandlung."

Hinsichtlich der Einzelheiten des Klageverfahrens wird auf den Inhalt der Gerichtsakte ([S 19 AS 1009/16](#) und L 6 AS 470/19) Bezug genommen.

II.

über den Antrag entscheidet die Kammer per Beschluss außerhalb der mandlichen Verhandlung. Bei dem Beschluss wirken die ehrenamtlichen Richter gemäß [ 12 Abs. 1 S. 2 SGG](#) nicht mit.

Die Kammer entscheidet über den Antrag auf mandliche Verhandlung hier nicht nach mandlicher Verhandlung. Gemäß [ 124 Abs. 3 SGG](#) können Entscheidungen des Gerichts, die nicht Urteile sind, ohne mandliche Verhandlung ergehen, soweit nichts anderes bestimmt ist. Die mandliche Verhandlung ist in diesen Fällen fakultativ. Die Kammer übt ihr Ermessen dahingehend aus, dass über den Antrag auf mandliche Verhandlung nicht mandlich verhandelt wird. Vorliegend ist eine weitere Erörterung mit den Klägern über den Antrag auf mandliche Verhandlung nicht erforderlich. Sachliche oder rechtliche Gründe, die einer mandlichen Verhandlung über den Antrag bedürfen, sind nicht ersichtlich oder vorgetragen.

Der Antrag hat keinen Erfolg. Vor dem Landessozialgericht hat bereits eine mandliche Verhandlung stattgefunden und die Berufung wurde als unbegründet zurückgewiesen. Das Verfahren ist rechtskräftig beendet ([ 179 Abs. 1 SGG](#)). Das Sozialgericht ist gemäß [Art. 20 Abs. 3 GG](#) an Gesetz und Recht und damit auch an die Entscheidung des Landessozialgerichts vom 15.07.2020 gebunden (vgl. Hilbert, in: [JZ 2013, 130, 134](#)), weshalb die Kammer des Sozialgerichts sogar gehindert wäre, eine der Entscheidung des Landessozialgerichts widersprechende Entscheidung zu treffen.

Erstellt am: 04.02.2021

Zuletzt verändert am: 23.12.2024